

# Stettiner Zeitung.

Nr. 504.

Abendblatt. Dienstag, den 27. Oktober

1868.

## Deutschland.

Berlin, 26. Oktober. Es ist jetzt als gewiß zu betrachten, daß der Ministerpräsident Graf Bismarck seinen ländlichen Aufenthalt noch einige Wochen verlängern und zur Eröffnung des Landtags in Berlin nicht anwesend sein wird. — Mit Hinsicht auf die nahe Landtagssession stellen die Zeitungen bereits mehrfache Vermuthungen über die von der Regierung beabsichtigten oder nicht beabsichtigten Landtagsvorlagen auf. Im Vorgerunde stehen noch immer die Vermuthungen über die Deckungsmittel des im Staatshaushalte für 1869 sich zeigenden Defizits, die man bald in einem Zuschlag von 15 pct. zur Einkommen- und Klassensteuer, bald in der Ausgabe von Schatzscheinen, bald in der Kontrahierung einer schwebenden Schuld u. s. w. sucht. Dem gegenüber mag bemerkt werden, daß die Erwägungen hierüber Seitens der Regierung noch immer fortduern und daß an denselben auf dem Korrespondenzwege auch Graf Bismarck lebhaftesten Theil nimmt. Ebenso falsch ist es, wenn behauptet wird, daß weder die Vorlage in einer neuen Kreisordnung noch eines Unterrichtsgesetzes zu erwarten sei. Von der Vorlage einer neuen Kreisordnung ist zwar noch nichts Bestimmtes bekannt, indessen wird eine solche aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgen. Die Vorlage eines neu ausgearbeiteten Unterrichtsgesetzes ist indes mit Bestimmtheit zu erwarten. Auch die Nachricht, daß die Vorlage eines Versicherungsgesetzes ausgegeben sei, weil dieser Gegenstand nicht Sache Preußens, sondern des norddeutschen Bundes sei, ist als unbegründet zu bezeichnen. Die Regierung wird vielmehr dem Landtage eine solche Vorlage zugehen lassen, in welcher übrigens auf die Stellung der Spezialgesetzgebung zur Bundesgesetzgebung die nötige Rücksicht genommen sein wird. Die Berathungen des Staatsministeriums über die Landtagsvorlagen und andere Landtagsvorarbeiten dauern übrigens noch fort; in den nächsten Tagen wird auch ein Ministerkonseil unter Vorstz des Königs zur Feststellung der Thronrede stattfinden. — Die Stelle eines ersten vortragenden Rates im Staatsministerium, mit welcher auch der Immediatvortrag bei Sr. Maj. dem Könige verbunden, ist jetzt besetzt und zwar in der schon seit längerer Zeit nur allein in Aussicht genommenen Person des Geh. Ober-Neg.-Raths Wehrmann im landwirtschaftlichen Ministerium. Derzelbe hat bereits bei der heutigen Sitzung des Staatsministeriums das Protokoll geführt. — Die zwischen Preußen und Bayern bestehende Gegenseitigkeit wegen Verfolgung von Beleidigungen gegen das Staatsoberhaupt oder die Beamten des einen oder des andern Staates hat namentlich bei der ultramontanen Presse böses Blut gemacht. Der "Volksbote" sieht in dieser Gegenseitigkeit mit einer gewissen charakteristischen Selbstkenntniß ein "Schutz- und Truhbündnis gegen böse Mäuler" und prognostiziert schon, natürlich der ultramontanen Presse wegen, einen Krieg zwischen Preußen und Bayern. Auch andere ultramontane Blätter, z. B. das "Straubgr. Tagebl.", rüht das böse Gewissen und sie fürchten, daß ihrem Treiben jetzt Einhalt gehalten werde. Wir glauben nicht, daß die preußische Regierung der ultramontanen bayerischen Presse so viel Gewicht beilegen wird, als dieselbe selbst fürchtet. — Nach einem bayerischen Blatte soll sich in einer Berliner offiziellen Korrespondenz die Bemerkung befinden haben, daß durch die letzten Beschlüsse der Militärkonferenz in München der Idee eines Südbundes der Gnadenstoss gegeben worden sei. Es ist zu bemerken, daß diese Neuflözung von preußischer offizieller oder offizieller Seite nicht gethan worden ist. — Wie wir früher gemeldet haben, sollte heute am 26. eine Konferenz beihüfe Verhandlungen zwischen dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten einer- und Italien andererseits wegen Abschluß eines neuen Postvertrags zusammenentreten. Eingetretener Hindernisse wegen wird indessen der Zusammentritt der Konferenz nunmehr erst den 2. November erfolgen. — Bedeutung hat, daß der Stadtrath Runge, einer der Hauptführer der Fortschrittspartei, der sich bisher eines besondern Anhangs hier erfreut hat, bei der jüngsten Stadtrathswahl in Berlin gegen den national-liberalen Kandidaten, eine bisher hier noch unbekannte Person, Namens Weber aus Erfurt, glänzend durchgesiegt ist. Nimmt man an, daß die hiesige Stadtverordneten-Versammlung noch zur Zeit der Blütthe der Fortschrittspartei gewählt ist und daß sie ihr demokratisches Gewissen bisher im Allgemeinen auch immer rein zu bewahren gewusst hat, so muß diese Wahl als ein bedeutendes Zeichen der Umstimmung dieser Körperschaft mit Anerkennung begrüßt werden. Die demokratische Presse ist von dem Vorfall natürlich sehr schmerlich berührt und sieht in demselben einen Bruch der Gemeindevertreter mit dem Berliner Volke. — Die Kommunalbehörden Berlins haben bekanntlich die Einführung einer neuen Steuer von Neujahr ab beschlossen, wobei zunächst der merkwürdige Umstand nicht unerwähnt bleiben kann, daß sich die Berliner liberale Presse zwar täglich mit den Staatssteuern beschäftigt, von der Erhöhung der hiesigen Kommunalsteuer aber bis

jetzt sehr wenig Notiz genommen hat. Obwohl die beabsichtigte neue Steuer die Genehmigung der Regierung noch nicht erhalten hat, wird doch von Seiten des Magistrats bereits mit grossem Eifer an der Bildung der Einschätzungs-Kommissionen sowie an den nicht anwesend sein wird. — Mit Hinsicht auf die nahe Landtagssession stellen die Zeitungen bereits mehrfache Vermuthungen über die von der Regierung beabsichtigten oder nicht beabsichtigten Landtagsvorlagen auf. Im Vorgerunde stehen noch immer die Vermuthungen über die Deckungsmittel des im Staatshaushalte für 1869 sich zeigenden Defizits, die man bald in einem Zuschlag von 15 pct. zur Einkommen- und Klassensteuer, bald in der Ausgabe von Schatzscheinen, bald in der Kontrahierung einer schwebenden Schuld u. s. w. sucht. Dem gegenüber mag bemerkt werden, daß die Erwägungen hierüber Seitens der Regierung noch immer fortduern und daß an denselben auf dem Korrespondenzwege auch Graf Bismarck lebhaftesten Theil nimmt. Ebenso falsch ist es, wenn behauptet wird, daß weder die Vorlage in einer neuen Kreisordnung noch eines Unterrichtsgesetzes zu erwarten sei. Von der Vorlage einer neuen Kreisordnung ist zwar noch nichts Bestimmtes bekannt, indessen wird eine solche aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgen. Die Vorlage eines neu ausgearbeiteten Unterrichtsgesetzes ist indes mit Bestimmtheit zu erwarten. Auch die Nachricht, daß die Vorlage eines Versicherungsgesetzes ausgegeben sei, weil dieser Gegenstand nicht Sache Preußens, sondern des norddeutschen Bundes sei, ist als unbegründet zu bezeichnen. Die Regierung wird vielmehr dem Landtage eine solche Vorlage zugehen lassen, in welcher übrigens auf die Stellung der Spezialgesetzgebung zur Bundesgesetzgebung die nötige Rücksicht genommen sein wird. Die Berathungen des Staatsministeriums über die Landtagsvorlagen und andere Landtagsvorarbeiten dauern übrigens noch fort; in den nächsten Tagen wird auch ein Ministerkonseil unter Vorstz des Königs zur Feststellung der Thronrede stattfinden. — Die Stelle eines ersten vortragenden Rates im Staatsministerium, mit welcher auch der Immediatvortrag bei Sr. Maj. dem Könige verbunden, ist jetzt besetzt und zwar in der schon seit längerer Zeit nur allein in Aussicht genommenen Person des Geh. Ober-Neg.-Raths Wehrmann im landwirtschaftlichen Ministerium. Derzelbe hat bereits bei der heutigen Sitzung des Staatsministeriums das Protokoll geführt. — Die zwischen Preußen und Bayern bestehende Gegenseitigkeit wegen Verfolgung von Beleidigungen gegen das Staatsoberhaupt oder die Beamten des einen oder des andern Staates hat namentlich bei der ultramontanen Presse böses Blut gemacht. Der "Volksbote" sieht in dieser Gegenseitigkeit mit einer gewissen charakteristischen Selbstkenntniß ein "Schutz- und Truhbündnis gegen böse Mäuler" und prognostiziert schon, natürlich der ultramontanen Presse wegen, einen Krieg zwischen Preußen und Bayern. Auch andere ultramontane Blätter, z. B. das "Straubgr. Tagebl.", rüht das böse Gewissen und sie fürchten, daß ihrem Treiben jetzt Einhalt gehalten werde. Wir glauben nicht, daß die preußische Regierung der ultramontanen bayerischen Presse so viel Gewicht beilegen wird, als dieselbe selbst fürchtet. — Nach einem bayerischen Blatte soll sich in einer Berliner offiziellen Korrespondenz die Bemerkung befinden haben, daß durch die letzten Beschlüsse der Militärkonferenz in München der Idee eines Südbundes der Gnadenstoss gegeben worden sei. Es ist zu bemerken, daß diese Neuflözung von preußischer offizieller oder offizieller Seite nicht gethan worden ist. — Wie wir früher gemeldet haben, sollte heute am 26. eine Konferenz beihüfe Verhandlungen zwischen dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten einer- und Italien andererseits wegen Abschluß eines neuen Postvertrags zusammenentreten. Eingetretener Hindernisse wegen wird indessen der Zusammentritt der Konferenz nunmehr erst den 2. November erfolgen. — Bedeutung hat, daß der Stadtrath Runge, einer der Hauptführer der Fortschrittspartei, der sich bisher eines besondern Anhangs hier erfreut hat, bei der jüngsten Stadtrathswahl in Berlin gegen den national-liberalen Kandidaten, eine bisher hier noch unbekannte Person, Namens Weber aus Erfurt, glänzend durchgesiegt ist. Nimmt man an, daß die hiesige Stadtverordneten-Versammlung noch zur Zeit der Blütthe der Fortschrittspartei gewählt ist und daß sie ihr demokratisches Gewissen bisher im Allgemeinen auch immer rein zu bewahren gewusst hat, so muß diese Wahl als ein bedeutendes Zeichen der Umstimmung dieser Körperschaft mit Anerkennung begrüßt werden. Die demokratische Presse ist von dem Vorfall natürlich sehr schmerlich berührt und sieht in demselben einen Bruch der Gemeindevertreter mit dem Berliner Volke. — Die Kommunalbehörden Berlins haben bekanntlich die Einführung einer neuen Steuer von Neujahr ab beschlossen, wobei zunächst der merkwürdige Umstand nicht unerwähnt bleiben kann, daß sich die Berliner liberale Presse zwar täglich mit den Staatssteuern beschäftigt, von der Erhöhung der hiesigen Kommunalsteuer aber bis

Inspektion des Ingenieur-Korps und der Festungen, die sich heute in Begleitung des Hauptmanns v. Fritze, Adjutant bei der General-Inspektion des Ingenieur-Korps und der Festungen in dienstlichen Angelegenheiten befußt Beiwohnung von Versuchen und demnächstiger Besichtigung der Festung Friedrichsort nach Kiel begeben. — Der Vice-Admiral Jachmann, der Oberst-Lieutenant Galster, kommandirt zur Dienstleistung im Marine-Ministerium, und der Korvetten-Kapitän Graf von Monts, Mitglied der gemischten Sektion der Artillerie-Prüfungs-Kommission für Marine- und Küsten-Artillerie, haben sich in dienstlichen Angelegenheiten zur Beiwohnung von Versuchen nach Kiel begeben.

— Eine Deputation des 6. Ostpreuß. Infanterie-

Regiments Nr. 43, bestehend aus dem Oberst und Regiments-Kommandeur von Busse, dem Hauptmann und Kompanie-Chef von Normann, dem Sek.-Lieut. Sperling, 2 Feldwebeln und 1 Sergeanten, ist auf der Durchreise von Trautenau nach der Garnison Königsberg i. Pr. hier eingetroffen, um Meldung über die am 22. d. M. erfolgte Einweihung des den Gefallenen Regiments auf dem Kapellenberg bei Trautenau errichteten Denkmals zu erstatten. Von den genannten Regimenten ruhen daselbst: Major von Hüllsheim, Hauptmann Frhr. von Braun II., Premier-Lieut. Keber I., Sek.-Lieut. Dewitsch, 71 Musketiere und 21 Füsiliere, welche zum größten Theil in dem Gefecht bei Trautenau am 27. Juni 1866, bei welcher das Regiment bedeutend engagirt war, geblieben sind.

Heydeckrug, 26. Oktober. Bei der für diesen Kreis angefechteten Landratswahl haben die Kreisstände auf ihr Wahlrecht verzichtet und dahin petitionirt, den jetzigen Landrat amtierverweiser Frhr. v. Lyncker zum Landrat zu ernennen.

Mendzburg, 26. Oktober. In der heutigen Sitzung des Provinzial-Landtages wurde der Gesetzentwurf, betreffend die anderweitige Regulirung des Feuerversicherungswesens eingebracht und einem Comité überwiesen. Die Geschäftsordnung wurde in Schlussberathung genehmigt.

Hamburg, 24. Oktober. (Post.) Das große Ereignis der kleinen Republik, der erste Wahltag,

liegt hinter uns. Von ca. 12,000 Urwählern beteiligten sich etwa 3700 in den 10 Wahlbezirken an dem Streit um der Senatoren-Perrücke. Da das einflussvolle große Vaterland noch immer so verblendet ist, von dem Talleyrand, Danton und Wirthaus der Kaffee-Republic keine sonderliche Notiz zu nehmen, so "schwänge" ich die Arbeit, eine Liste der rekrirten und neugeschaffenen Staatsmänner beizufügen, die es sich, wenn das Glück der Menschheit auf dem Spiele gestanden wäre, nicht saurer hätten werden lassen können, als sie sich für den Parlamentsessel abarbeiteten. In 6½ Bezirken "siegen" die "Demokraten", in 3½ die Oligarchie, welche aber statt persönlich aufzutreten, ihre Quartiersleute, Lieferanten &c. als Kandidaten aufgestellt hatte. Da nun aber die Veterinärwirtschaft nur 5 Stimmen braucht, welche die Deputirten der Verwaltung in der Bürgerschaft verstärken, um konstitutionell allmächtig zu sein, so sind die Demokraten, wie ich vorher sagte, numerisch Sieger, faktisch aber geschlagen. Interessant war nun die Wahl, in welcher R. W. Sloman als Kandidat auftauchte. Es war in der Hasengegend, wo die Lieferanten, Arbeiter &c. dieses Rheders massenweise wohnen und es ist an Geld, Zeit und Mühe Nichts geopart worden, um unsern Robert den Seeschrecken zu einem Volksmann zu machen. Ach! die Neklaue scheiterte läßlich. Ein Brillenmacher und Optiker, Herr Sily, ein ganz einfacher schlichter Mann schlug die große obligarchische Seeschlange mit Glanz und 163 Stimmen waren Alles, was Sloman erreichte, trotzdem ihm unser Obergericht 2 Tage vor der Wahl ein schmeichelhaftes Zeugnis seiner vorzüglichen Behandlung der Auswanderer gegeben hatte, trotzdem sogar die Blätter der Demokratie dieses Erkenntniß des Gerichts abgedruckt hatten. Nicht einmal, daß Sloman in den "Nachrichten" noch am Wahltage erläutert ließ, er huldigte dem "demokratischen Fortschritt", wollte ziehen. Das glänzende Durchfallen S.'s ist das einzige wichtige Moment in unseren Wahlen. Denn Herr S., so wenig ihn nach unsern Gesetzesformen ein Stein treffen kann, ist doch das lebendige Ausdruckzeichen zu diesem Gesetzesformalismus, der in unsittlicher Weise unsern Merkantilismus zu einem nationalen Begleiterthum gemacht hat und unsere Kaufleute selber demoralisiert. — Gegen das Lasterleben in unseren hohen Kreisen erhebt jetzt auch die "innere Mission" ihre Stimme. Ob aber die empfohlene Protektion des so genannten "rauen Hauses" der Weg zur Abhülfe ist, möchte man bezweifeln. Unsere Granden spielen die Affen der Franzosen: si glauben, es gehöre zum bon ton, ein — igel zu sein. — Gestern starb in Folge eines Schlagflusses der Großherzoglich oldenburgische General-Major v. Schmidt-Pauli.

Madrid, 26. Oktober. Die amtliche "Gaceta de Madrid" veröffentlicht das Manifest der provisorischen Regierung an die Nation. Die Regierung fordert die Bürger auf, sich über die wahren Ziele der Revolution und über die bestimmten Bedürfnisse, für die zunächst Abhülfe geschafft werden müsse, klar zu werden. Sie stellt die vollzogene Vertreibung der Dynastie als die Grundlage einer neuen Ära hin, die mit der Revolution beginne. Die künftige Staatsordnung müsse auf der Grundlage der umfassendsten Freiheit aufgebaut werden; denn bei den neuen Verhältnissen, in die der Staat eingetreten, seien Religionsfreiheit, Unterrichtsfreiheit, Pressefreiheit und Vereinsfreiheit die wichtigsten Erfordernisse geworden. — Das Manifest sagt: "Die provisorische Regierung stimmt aus den angeführten Gründen für die Errichtung einer starken Monarchie,

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr. monatlich 10 Sgr. mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7 Sgr. monatlich 12½ Sgr. für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

## Ausland.

Brüssel, 15. Oktober. Von den Pariser Acquisitionen, die Herr Letellier für das Théâtre de la Monnaie gemacht hat, gefällt eigentlich nur der Tenorist Warotz; der Bassist Cazaur hat sich noch nicht so recht in der Kunst des Publikums festsetzen wollen und fast noch weniger die Sängerin Mlle. Godefroid. Neulich hat man Ernest Reyer's "Maitre Wolfram" gegeben, aber ohne entschiedenen Erfolg. Auber's "Premier Jour de bonheur" steht in Bälde bevor.

Haag, 19. Oktober. Bei der zweiten Kammer ist heute ein Gesetzentwurf zur Abschaffung des Stempels auf Zeitungen und Drucksachen eingebrochen; dieses längst gewünschte und befürwortete Gesetz lautet: "Wir Wilhelm III. w. Da wir in Erwägung genommen haben, daß es nothwendig ist, die Stempelgebühren auf Drucksachen und auf die Anzeigen in Zeitungen abzuschaffen, so haben wir nach der Bevathung des Staatsraths und mit gemeinsamer Überlegung der Generalstaaten gut befunden u. s. w. Artikel 1. Die Stempelgebühr auf Drucksachen und auf die Anzeigen in Zeitungen wird mit dem letzten Tage des Monats April des Jahres 1869 abgeschafft. Art. 2. Art. 19 des Gesetzes vom 3. Oktober 1843 bleibt in Kraft in Beziehung auf Anzeigen in Blättern, welche vor dem 1. Mai 1869 gedruckt oder ausgegeben werden." Die beigegebene motivirende Denkschrift des Finanzministers van Bossi sagt, daß das allgemeine Andrängen der Presse und auch der Volksvertretung auf Abschaffung oder Herabsetzung der Stempelgebühren auf Tagesblätter und Zeitschriften begründet sei, könne nicht verkannt werden. Es kommt nur in Frage, ob gänzliche Abschaffung oder Beschränfung zu empfehlen sei. Die Beschränfung findet den Minister nicht empfehlenswerth, weil nach solcher Verminderung der Ertrag der Steuer merklich werden würde. Die Abschaffung empfiehlt er, weil die Stempelgebühr auf Anzeigen hauptsächlich den Kleinhandel und die Handwerker-Industrie drückt und die Steuer überhaupt einen üblen Einfluß auf die Tagespresse übt.

Berlin, 23. Oktober. Betreffend die Zusatzartikel zu dem Genfer Sanitäts-Konföderat über die Verbesserung des Looes der im Kriege verwundeten Militärs ist noch zu berichten, daß der Bundesrat mit ihrer Mitteilung an die Mächte und deren Einladung zum Beitrete zu denselben beauftragt ist. Diesen Auftrag wird der Bundesrat sofort zur Ausführung bringen. Dem in seiner heutigen Sitzung gefassten Beschlusse folge wird er auch dem General-Dufour, unter dessen Präsidium die Verhandlungen des internationalen Kongresses in Genf von Anfang bis zu Ende stattfanden, für seine Bemühung bestens danken, welcher Danck dem General auch Seitens der Vertreter der fremden Mächte ausgesprochen wurde. Nachträglichem Vernehmen nach lag der verzögerten Unterzeichnung der Zusatzartikel hauptsächlich das von den französischen Abgeordneten im letzten Augenblick gestellte Verlangen zu Grunde das Wort "devront" an irgend einer Stelle der Konvention in "pourront" umzändern. Überhaupt waren die Instruktionen der Franzosen sehr beschränkt und anfänglich auch sehr kategorisch, welche streng, deren Grund in der vom Marschall Niel der Revision des Konföderats von allem Anfang an entgegengesetzten Opposition zu suchen ist, sich jedoch allmäßig abschwächte. Was die Vertreter der übrigen Mächte betrifft, so soll unter diesen die beste Übereinstimmung geherrscht haben. Über den Verlauf der Kongress-Verhandlungen hat General-Lieutenant von Röder Sr. Majestät dem Könige von Preußen persönlich Bericht erstattet.

Loudon, 25. Oktober. Wie die "Morning Post" meldet, widmet der Herzog von Edinburg seit Kurzem den größten Theil seiner freien Zeit dem Studium der Ornithologie. Zu dem Behufe, seine bereits ansehnliche Sammlung von in- und ausländischen Vögeln, während seiner mit nächstem anzutretenden Kreuzungstour nach Indien, China, Australien und andern Ländern, zu vergrößern, läßt er einen seiner Diener das Ausstossen und Konservieren von Vögeln erlernen.

Madrid, 26. Oktober. Die amtliche "Gaceta de Madrid" veröffentlicht das Manifest der provisorischen Regierung an die Nation. Die Regierung fordert die Bürger auf, sich über die wahren Ziele der Revolution und über die bestimmten Bedürfnisse, für die zunächst Abhülfe geschafft werden müsse, klar zu werden. Sie stellt die vollzogene Vertreibung der Dynastie als die Grundlage einer neuen Ära hin, die mit der Revolution beginne. Die künftige Staatsordnung müsse auf der Grundlage der umfassendsten Freiheit aufgebaut werden; denn bei den neuen Verhältnissen, in die der Staat eingetreten, seien Religionsfreiheit, Unterrichtsfreiheit, Pressefreiheit und Vereinsfreiheit die wichtigsten Erfordernisse geworden. — Das Manifest sagt: "Die provvisorische Regierung stimmt aus den angeführten Gründen für die Errichtung einer starken Monarchie,

aber sie wird den Volkswillen respektieren." Am Schlusse hittet die provisorische Regierung um die Fortdauer des Vertrauens des Volkes und um seine Beihilfe zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

**Kopenhagen**, 26. Oktober. Auf Grund zuverlässiger Information kann mit Bestimmtheit versichert werden, daß die Nachricht des „Estand“ Dänemark habe in der nordschleswigschen Frage eine direkte Note an Preußen gerichtet, jeder Begründung entbehrt. In dem bisherigen Stadium der Frage ist noch keine Änderung eingetreten.

**Petersburg**, 21. Oktbr. Die ultrarussische Presse erlämpft einen Sieg nach dem andern. Kaum ist das hier „in deutscher Sprache erscheinende preußische Organ“ — so nennt der „Golos“ die von Dr. Meyer redigierte „Akademiezeitung“ — verwaart worden — wegen seiner unruhischen Haltung, so bestätigt es sich bereits, daß der heilige Synod den Druck von katholischen Gebetbüchern in russischer Sprache gestattet hat. Nach der Meinung des Synod geht ihn die Einführung der russischen Sprache bei den sogenannten fremden Konfessionen nichts an, da diese dem Ministerium unterstehen. Die Andachtsbücher aller Konfessionen müssen übrigens die orthodoxe Censur passiren, und unter Vorbehalt dieses Privilegums verzichtet der Synod auf jede Einmischung in diese Sache. Die allgemeine Einführung der russischen Sprache nicht nur in katholischen, sondern auch in protestantischen Kirchen steht in nächster Zeit zu erwarten. Mit den Ostseeprovinzen, Finnland und Polen wird man vorläufig noch eine Ausnahme machen. Was namentlich die evangelischen Gemeinden betrifft, so sind diese in den übrigen Theilen des Reichs ausschließlich deutscher Zunge. Für diese wird man einstweilen die russische Sprache abwechselnd mit der deutschen verlangen. Dieselbe Vergünstigung sollen die deutschen Kolonien katholischer Konfession in den Wolga-Gouvernements und in Neurussland genießen, die katholischen Kirchen in den westlichen Gouvernements aber sollen sich der russischen Sprache ausschließlich bedienen, soweit nicht etwa die lateinische Sprache, wie z. B. bei der Messe, von Alters her im Gebrauch ist.

**Warschau**, 23. Oktober. Das unlängst von hier aus von offizieller Seite verbreitete Telegramm, welches die Aufhebung der Justiz-Kommission im Königreich Polen dementierte, hat bei einigen auswärtigen Blättern die irrläufige Meinung erzeugt, als ob die russische Regierung von der Aufhebung der gedachten Kommission gänzlich Abstand genommen habe. Es leuchtet selbst ein, daß, während alle übrigen Verwaltungszweige im Königreich Polen den betreffenden Ministerien in Petersburg untergeordnet sind, die Justizverwaltung unmöglich in ihrer Selbstständigkeit fortbestehen kann, ihre Aufhebung ist daher auch bereits positiv beschlossen und angekündigt, sie soll aber erst gleichzeitig mit der Einführung der neuen Justizreform erfolgen, die binnen Kurzen erwartet wird.

Den beiden hier bestehenden polnischen Theatern wird sich in Kurzem als drittes ein deutsches zugesellen. Dasselbe ist auf Kosten jüdischer Kapitalisten erbaut und zur Aufführung alttestamentarischer Seestücke in antiken Kostümen und in rein deutscher Sprache bestimmt. Das Theatergebäude, das etwa 800 Zuschauer fasst, ist bereits vollendet und die Eröffnung des Theaters soll in den nächsten Tagen erfolgen. Außer der Schauspielergesellschaft, die 30 Mitglieder zählt, wird auch ein trefflich geübter Sängerchor fungieren.

**Belgrad**, 21. Oktober. Vorgestern begann die Schlussoberhandlung gegen die letzten Inhaftirten und beim Fürstentum Kompromittirten. Im Ganzen waren deren noch acht. Die interessantesten Persönlichkeiten sind jedenfalls die Professoren Majstorovic und Dragisa Stanojevic. Majstorovic ist beschuldigt, mehrere Male dahin gearbeitet zu haben, einen Umsturz herbeizuführen, endlich habe er Leute geworben, die den verstorbenen Fürsten Michael aus dem Lande vertreiben sollten. Er leugnete Alles und erklärte, alle seine Aussagen seien mit Gewalt erpreßt worden. Auf die Frage des Präsidenten, welche diese Gewaltmaßregeln gewesen seien, antwortete er, daß er Husten habe, schwach an den Füßen sei und in einem finsternen Kerker sitzen müsse, daß er dies für eine Prise hielte. Dragisa Stanojevic ist ein junger Mann und hier als „Professor Radikalac“ bekannt. Er ist beschuldigt, die Revolver für die Fürstentümmer angeschafft und die Studenten der Hochschule zum Aufmarsch aufgestachelt zu haben. Am Abende der Ermordung des Fürsten war bei Stanojevic eine große Schaar von Studenten versammelt.

### Pommern.

**Stettin**, 27. Oktober. In der Stettiner Festungsfrage wird der „Ost-Z.“ aus Berlin von angeblich glaubwürdiger Seite die Mitteilung gemacht, daß die Königl. Bestätigung für das von Kamke'sche Projekt in Aussicht stehen soll. Nach diesem Plan würde ein Gürtel von detatchirten Forts bis auf die Bredower Höhen hinausgerückt werden, während das außerdem in Frage stehende v. Prittwitz'sche Projekt die Verbindung des Fort Wilhelm mit dem Fort Leopold vorschlägt.

Durch Königliche Kabinetsordre sind den im Bau begriffenen Chausseen im Randwischen Kreise bis zur Ueckermünder Kreisgrenze die Staatsprämie und die fiskalischen Vorrechte verliehen worden.

Über die Heranziehung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften zur Gewerbesteuer ist eine Verfügung des Herrn Finanz-Ministers ergangen, worin zunächst festgestellt wird, daß diese Ge-

nossenschaften, deren privatrechtliche Stellung die Gesetze regeln, neuerer Zeit in mehreren Theilen des Staates eine erhebliche Ausdehnung genommen haben. „So erfreulich die Wahrnehmung ist,“ meint der Finanz-Minister, so läßt sich doch nicht verleugnen, daß diese Unternehmungen anderen Gewerbetreibenden, welche ihrerseits von ihrem Gewerbe die bestehenden Steuern entrichten, in vielen Fällen Konkurrenz machen und es sich daher als eine Forderung der Gerechtigkeit herausstellt, darüber zu befinden, ob diese Genossenschaften nicht den Gewerbetreibenden in Bezug auf die Entrichtung der Steuer gleichzustellen sind. Bei der großen Verschiedenheit der Statuten derartiger Vereine läßt sich eine Regel für die Besteuerung oder Befreiung derselben von der Steuer nicht angeben. Der Umstand, daß diese Genossenschaften in das Handelsregister eingetragen werden müssen, ist für die Besteuerung nicht maßgebend, es kommt vielmehr in jedem einzelnen Falle darauf an, festzustellen, ob der Verein als solcher auf die Verfolgung „gewerblicher Zwecke“ und Erzielung eines „Gewinnes“ gerichtet ist. Eine Vereintätigkeit, die nur bezweckt, den eigenen Bedarf der Mitglieder an Geld, Lebensmitteln u. s. w. leicht und billig zu beschaffen, wird im Allgemeinen der Besteuerung nicht zu unterwerfen sein. Vereine dagegen, welche sich nicht auf die Beschaffung des Bedarfs für die Mitglieder beschränken, sondern mit dem Publicum Geschäfte machen, ihren Verkehr auf Nichtmitglieder ausdehnen und diesen für die Hergabe der Kapitalien in der Form von Zinsen und Dividenden einen Gewinn zuzuwenden streben, sind in der Regel als Handelsunternehmungen anzusehen und in einer der Handelsklassen zubesteuern.“ Künftig wird, sobald sich in einem Orte eine solche Genossenschaft bildet, unter Einreichung der Statuten, Seitens der Ortsbehörde dem Landrath berichtet. Betreffs der bestehenden soll dieser Bericht nachträglich erfolgen, und falls die Steuerpflichtigkeit anzunehmen ist, über den Geschäftsumfang, unter Beifügung der etwa vorliegenden Rechenschaftsberichte Auskunft gegeben werden.

Wie man uns mittheilt, soll die Absicht vorliegen, vom 1. Januar f. J. ab überall da, wo für die Polizeirekutivebeamten noch eine von der Bekleidung der Berliner Schuhmannschaft abweichende Uniformierung besteht — was bekanntlich auch noch hier der Fall ist — letztere einzuführen.

Zur Beaufsichtigung und Sicherung des Zoll-Interesses werden sich künftig hin und wieder Zoll- und Steuerbeamte unmittelbar nach Ankunft der Briefposten am Bestimmungsorte in die Amtsloft der Postanstalten begeben und dafelbst dem Deffnen der Briefbeutel bewohnen; die innerhalb des deutschen Zollvereinsgebietes befindlichen Postanstalten des norddeutschen Postgebietes sollen demnächst den erwähnten Beamten bei Erfüllung ihrer Pflicht in willfähriger Weise begegnen. Den mit der Revision der Zollstellen beauftragten Ober-Inspectoren und Ober-Kontrolleuren soll auf Verlangen die Einsicht der Frachtarten im Postlokal gewährt werden, um ihnen die Überzeugung zu verschaffen, ob die mit der Post aus Ländern außerhalb des Zollvereins eingehenden zollpflichtigen Paketien verzollt und die Gefälle dafür berechnet worden sind. Gegenwärtig sind übrigens alle Zoll- und Steuerstellen ohne Unterschied, auch die Steuer-Rezepturen, zur selbstständigen schließlichen Absicherung der vom Auslande eingegangenen Poststücke, ohne Rücksicht auf deren Gewicht und die Höhe des Eingangsazolle, befreit.

Für die Prüfung der Postbeamten ist hinsichtlich der Kenntnis in der Geographie und Spedition in diesen Tagen eine neue Verfügung der obersten Postbehörde ergangen. Die Prüfungskommissionen bei den Ober-Postdirektionen sollen „erhöhte Aufmerksamkeit“ darauf richten, ob der betreffende Beamte sich die Kenntnis der Geographie „bewahrt“ hat, welche er nach seiner schulwissenschaftlichen Bildung erworben haben muß und ob derselbe die spezielle Kenntnis des Postspeditions-wesens sich angeeignet hat, deren Erlangung ihm während seiner Beschäftigung im Postdienste durch die ihm zu Gebote stehenden Mittel möglich gemacht wird „und demnächst für die Handhabung des Postdienstes eine der wichtigsten Grundlagen bildet.“ Die aus dem Militär hervorgegangenen Postexpedienten dürfen gleichfalls „in Ansehung derjenigen Kenntnis, welche für die Ausübung einer richtigen postalischen Spedition erforderlich ist, den übrigen Beamten nicht nachstehen.“

\*\* **Anciam**, 26. Oktober. In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde bei geheimer Abstimmung der frühere Beschuß der Stadtverordneten, nach welchem der Staat bei Herlegung einer Kriegsschule der Stadt eine Mietshauer von 40 Jahren garantiren sollte, (was der Staat bei Beginn der Verhandlungen der Stadtverordneten über diesen Geigenstand entschieden verweigert), mit 17 gegen 14 Stimmen abgelehnt, und dürfte demnach jetzt den weiteren Verhandlungen resp. dem Abschluß des Kontraktes mit dem Fiskus nichts mehr in Wege stehen.

**Straßburg**, 26. Oktober. Am 6. November findet die feierliche Einweihung des von dem Offizierkorps bei Githain errichteten Denkmals zu Ehren der im Jahre 1866 dort gefallenen preußischen Krieger statt. Wie wir hören, wird am 3. November von hier aus eine Deputation, an deren Spitze der Oberst-Lieutenant v. Malotki, sich zu dieser Feierlichkeit dorthin begeben.

**Kreis Franzburg**, 24. Oktober. Das bei der Ostsee-Uebersetzung im November v. J. unbewohnbar gewordene, von der Zimmermann Stuhberg'schen Familie seitdem verlassene und verschlossene Wohnhaus zu Müggenburg brannte am 22. Abends

nieder. Unter diesen Umständen muß auf vorsichtige Brandstiftung geschlossen werden.

### Vermischtes.

Berlin. Der starke Sturm, welcher am Sonntag über ganz Mittel-Europa dahinbrauste, hat auch in unserer Hauptstadt nicht geringe Beschädigungen angerichtet. Mit einem strammen West-Süd-West anfangend, stieg er in den Stunden von 11 bis 1 Uhr bis zur orkanartigen Heftigkeit und begann erst gegen Abend sich zu besänftigen. Vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr stürzte er in der Neuen Straße Nr. 17 in Moabit einen 40 Fuß hohen freistehenden Schornstein mit solcher Gewalt auf das Schmidt'sche Haus, daß die Steine durch das Dach und dritte Stockwerk drangen. Drei Personen, welche sich dort in einem Zimmer befanden, blieben glücklicherweise unbeschädigt. In dem Hause Brandenburgstraße Nr. 20 riß er die Zinkbekleidung los und schleuderte den Schornsteinfegergesellen Witt, welcher die Bedachung wieder befestigen wollte, auf den Hof hinunter, so daß er sofort tot blieb. Vom Hause Friedrichstraße Nr. 141 b. warf er die Zinkbekleidung auf die Straße, stürzte den Bretterzaun des Deter'schen Grundstücks in Alt-Moabit Nr. 43 um, warf eine große städtische Rüster mit der Krone in einige Fenster des Hauses Stromstraße Nr. 6/7, stürzte in der Nähe der großen Querallee im Thiergarten einen mächtigen Baum zur Erde nieder, so daß er quer über die Schienen der Pferde-Eisenbahn fiel und die Passage eine Zeit lang gehemmt war, verursachte in vielen Straßen einen Regen von losgerissenen Kaltstücken und Dachsteinfragmenten und brach in den Gärten Zweige und Äste in ungeheurer Zahl ab. Auf unserer sonst so ruhigen Oberspree erregte er Wellen von gewaltiger Größe und Heftigkeit; einige fuhne Segelboote, die einzigen Fahrzeuge, welche außer den Dampfern sich in das Wasser wagten, wurden bald hierhin bald dorthin gejagt und mußten eiligst von den Besitzern verlassen werden. Ein Boot blieb in Grünau, ein zweites, die „Clara“ kämpfte sich bis zu Mr. Blakeley's Fabrik unterhalb Köpenick durch, die „Grille“ quartierte sich bei Bader Jacobmann ein und Empire-City fuhr bei der Stralauer Kirche auf. Die Dampfer gerieten zum Theil in ein so heftiges Schwanzen, daß man auf der See zu fahren glaubte und bei manchen Damen die Symptome der Seekrankheit sich einstellten, die Gewalt des Spritzwassers war so groß, daß es hoch über den Pavillon geschleudert wurde. Große Felder der „Wasserpost“, welche vom Sturm losgerissen waren, trieben auf dem Wasser und hemmten die Schrauben der Dampfer.

Leipzig, 23. Oktober. Wie Leipziger Blätter melden, hat sich eine Altien-Gesellschaft konstituiert, um den beim Dorfe Dehnitz, eine Viertelstunde von Wurzen, befindlichen 300 Schritt langen See auszupumpen und alles darin sich Vorfindende unter den Altionären zur Theilung zu bringen. Es soll in diesem See der Tradition zufolge sich mannigfaches Kriegsmaterial an Kanonen u. c., vielleicht sogar eine Kriegsschiff aus einem der früheren Kriege vorhanden. Eine Locomotive aus der Gießerei der Herren Bergmann, Götzs u. Comp. in Neuditz ist bereits unterwegs und wird Sonnabend oder Sonntag ihre Tätigkeit beginnen.

Prag. Ein tragischer Vorfall hat hier zur Vermuthung Veranlassung gegeben, die in dem Chorinstischen Prozeß vielfach genannte Biki Horvath sei aufgefunden. Der Fall ist folgender. In der Nähe von Klindno erschoß sich am 23. d. der Lederhändler Krause von hier, — er war mit 8000 Fl. fallit, — nachdem er vorher seine Geliebte Marie Horvath durch einen Pistolenblitz getötet. Briefe und Telegramme an Verwandte in Prag deuteten das traurige Ereigniß an, der Schwager des Selbstmörders erhielt von der Geliebten desselben ein Schreiben, worin diese über ihre in der Wohnung auf der Kleinseite zu Prag befindliche Hinterlassenschaft zu Gunsten der Kinder ihres Geliebten bestimmt. Nachdem der Polizeibehörde Anzeige hiervon erstattet worden war, begab sich eine polizeiliche Kommission in die Wohnung der Marie Horvath auf der Kleinseite. Das Zimmer war äußerst komfortabel eingerichtet, und man fand Alles in bester Ordnung vor. Unter den wertvollen, der Horvath gehörigen Schmuckstücken wurden hier drei Medaillons bemerk, von welchen eines das Bildnis ihres Geliebten, des mit ihr verstorbenen Krause, enthielt. Die beiden andern waren leer, doch konnte man ersehen, daß ihr Inhalt erst vor Kurzem herausgenommen worden sein müste. Ein Photographien-Album enthielt nur die Portraits des Gustav Chorinsti, der Gräfin Mathilde Chorinsti und der Julie Ebergenyi. Aus der Art ihrer Ausführung konnte man aber ersehen, daß es Original-Photographien sind und nicht solche Kopien, wie zur Zeit des Chorinsti-Ebergenyi-Prozesses im Buchhandel zu haben waren. Alle anderen Photographien waren entfernt worden. Man fand ferner ein Tagebuch mit Eintragungen in deutscher, französischer und englischer Sprache, welche bis 1865 zurückreichen, und deren Stylistirung auf eine Dame von Bildung schließen läßt. Einige Tragungen von fremder männlicher Hand erinnern durch ihren schwülstigen, überschwänglichen Styl lebhaft an die Liebesbriefe Gustav Chorinsti an die Ebergenyi. In einem anderen Tagebuche war mit großer Sorgfalt über die kleinsten Ausgaben der Eigenthümerin seit 1866 Rechnung geführt. Unter denselben ist für das „Prager Abendblatt“, auffallenderweise aber nur während der Zeit der Chorinsti-Ebergenyi-Prozesse, ein Kreuzer als täglicher Ausgabeposten angeführt. Man fand schließlich in dem Zimmer auf dem Namen „Alexandrine Horvath“ lautende Visitenkarten.

Arzt van Schmitt, welcher die Heilung des Grafen v. d. Goltz übernommen hatte, vertheidigt sich in Pariser Journalen gegen einige Angriffe deutscher Zeitungen und erklärt die Briefe, welche von ihm veröffentlicht würden und in welchen enormen Honorarforderungen ausgesprochen waren, für gefälscht. Er erzählt, daß er augenblicklich dreißig Kranken unentgeltlich behandle und überhaupt das Honorar nur nach den Mitteln der Kranken normire. Die „Gazette des Etrangers“ wider spricht auch der Nachricht, als hätte van Schmitt von dem Grafen v. d. Goltz 50,000 Frs. gefordert, indem sie dieselbe als pure Erfindung bezeichnet; er hat 10,000 Frs. Honorar erhalten, auf welcher er allerdings gern verzichtet hätte, wenn er die Ehre gehabt hätte, den Grafen länger zu behandeln und ihn gänzlich (?) zu kuriren. Die Kur wurde bekanntlich durch einen Holsteiner Namens Dittmann, welcher eine Lohkur anwandte, unterbrochen, mit welchem Erfolge, darüber hört man nichts Gewisses. Dr. v. Schmitt behauptet natürlich nun, daß der Holsteiner ihn um seine wohlverdiente Lohne gebracht habe, denn er soll mehr ehrgeizig als gewinnstüchtig und nicht unempfindlich gegen ein Bändchen im Knopfloch sein.

### Literarisches.

Heinrich Böhm's neueste Maischverfahren gibt über Brennerei viel beachtenswerthes. Nach einer Vorrede und einigen Altesten über die Bewährtheit seines Verfahrens überhaupt, bespricht der Verfasser den Zuckergehalt in den Kartoffelmaischen, das Maischverfahren selbst, die Höhe der Bottige, die Reise der Hefe, die Zeichen der Reife, das Maischen mit Roggenjoghrot. Außer dem größtmöglichen Vortheil, behauptet er ferner noch die für Brennereibesitzer so wichtige Frage der Vermeidung jeder Steuer-Defraudation und Denunziation, und gibt hierzu 12 Beispiele einer etwaigen Annmeldung an die Steuerbehörde. Das Ganze zeugt von einem erfahrenen und praktisch gebildeten Manne, und ist namentlich für Brenner sehr lebenswert.

Von der Hempel'schen Ausgabe der deutschen Klassiker liegt uns wiederum eine neue Reihe von Bänden vor, (Nr. 72—83) welche die Werke von Jean Paul, Kleist, Körner, Chamisso, Wieland und Lessing bringen, resp. die angefangenen Werke dieser Fortsetzen und zu Ende führen. Die Ausgabe ist ganz in der Art der früheren Bände erfolgt, und zeichnet sich wie diese durch Billigkeit und schöne Ausstattung aus. Mit dem 79 Bände ist ein größerer Abschnitt eingetreten und sind auch für die bis dahin vollendeten Werke die betreffenden Einbanddecken bereits erschienen.

### Biehmärkte.

Berlin. Am 26. Oktbr. c. wurden an Schlachthof auf biebmärkte zum Verkauf aufgetrieben: Am Rindvieh 1165 Stück. Die Zutritten waren etwas schwächer als vorwählig, und wurde beste Ware mit 17 R., mittel 12—14 R., ordinäre 9—11 R. pro 100 Pfund Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 3639 Stück, welche bei flauem Hauel nicht aufgeräumt werden konnten, selbst beste Kernware konnte nicht sicher 17 R. pro 100 Pfund Fleischgewicht erzielen, und blieben mehrere hundert Schweine unverkauft.

An Schafvieh 2892 Stück. Die Preise blieben unverändert gedrückt.

An Kalbern 585 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu höheren Preisen bezahlt wurden.

### Schiffssberichte.

**Swinemünde**, 25. Oktbr. Angelommene Schiffe: Die Endte (SD), Dehnitz von Stolpmün e. Verona (SD), Paulin von Leitz, Herald (SD), Jones von Hull, Sicius (SD), Housselle von Königsberg. — 26. Oktbr. Jenny, Nie Jahr von Bremen. Treu Beimer, Möller von Bornholm. Minge Gretha, Arp von Kiel. Ernte von Pernau. Ceres (SD), Braun von Kiel.

### Börsen-Berichte.

**Stettin**, 27. Oktober. Witterung: bewölkt. Wind: W. Temperatur + 8 °R. Weizen loco matt, Termine wenig verändert, pr. 2125 Pf. loco gelb, inständig, 70—71<sup>1/2</sup> R., seines 72, 73 R., hinter 69—71 R., weißer 72—76 R., ungar. 60—66 R., 88—89 Pf. pr. Oktober 72<sup>1/2</sup>, 74<sup>1/2</sup> R. bez. October-November 70<sup>1/2</sup> R. Gd. n. Br., Frühjahr 68 R. bez. u. G.

Roggen etwas fest, pr. 2000 Pf. loco 56, 57 R., seines 57<sup>1/2</sup> R., per Okt. 57<sup>1/2</sup>, 58, 57<sup>1/2</sup> R. Bez. Br. bez. Br. u. Gd., October-Novbr. 55<sup>1/2</sup>, 56<sup>1/2</sup> R. bez. Br. bez. Br. u. Gd., Frühjahr 51<sup>1/2</sup>, 52 R. bez. u. Gd.

Gerste füllig, per 1750 Pf. loco geringe ungar. 45—46 R., bessere 47—49 R., seines 50—51 R.

Hafer pr. 1300 Pf. loco 36, 36<sup>1/2</sup>, 37 R.

Winterrüben pr. Okt. 78<sup>1/2</sup>, R. bez.

Winterrappe pr. 1800 Pf. loco 78<sup>1/2</sup> R., geringer billiger verläuft.

Rübel füllig, loco 9<sup>1/2</sup> R. Br., October 9<sup>1/2</sup> R. Br. u. Gd. bez. October-Novbr. u. Nov.-Dezbr. 9<sup>1/2</sup> R. Br. u. Gd.

Spiritus fest und höher, loco ohne Fass 17<sup>1/2</sup> R. Bez. u. Br., October-November 16<sup>1/2</sup> R. Bez. u. Br., 17<sup>1/2</sup> R. Bez. u. Br., Nov.-